

Zur Bremer Rätepublik 10.1.1919 - 4.2.1919 –

Zur Aktualität einer Vergangenheit

von Gerhard Schäfer

Auch wenn die Geschichte der Bremer Räterepublik zwischen dem 10.1.1919 und dem 4.2.1919 nur eine relativ kurze Periode umspannt, ist sie trotzdem für die Geschichte Bremens und Deutschlands insgesamt von Bedeutung. Sie ist nämlich ein früher Versuch, im Kontext der Klassenkämpfe um den 9. November 1918 die bürgerlich-parlamentarisch-demokratische Republik zu einer proletarischen Revolution in Bremen weiterzuentwickeln. Dieser demokratisch- sozialistische Versuch einer politischen Alternative ist ohne die Vorgeschichte mindestens bis zum 4. August 1914, wenn nicht gar früher bis ins Deutsche Kaiserreich, nicht zu verstehen. Mein Schwerpunkt liegt auf der Geschichte der deutschen, z.T. auch internationalen und vor allem bremischen Arbeiterbewegung, deren Besonderheiten an vielen Stellen durchscheinen. Ich werde mich vor allem mit der historischen Problematik beschäftigen und - wo immer möglich - auf die sich geradezu aufdrängende Aktualität dieser Vergangenheit hinweisen, insbesondere in meinem Fazit.

1. Vom 4. August 1914 bis zur Spaltung der bremischen Arbeiterbewegung in drei Blöcke

Die herrschenden Klassen im Deutschen Kaiserreich hatten die Umriss ihrer imperialistischen Kriegszielpolitik lange vor dem 4. August 1914 erarbeitet. Der „Griff nach der Weltmacht“ (Fritz Fischer) sah im Kern ein Mitteleuropa-Konzept mit deutscher Vormachtstellung und Ausstrahlung *in alle Himmelsrichtungen* vor. Reichskanzler Bethmann-Hollweg hatte im Septemberprogramm eine Art Kompromiss zwischen den verschiedenen, auf Annexion gerichteten Entwürfen der herrschenden Interessenkonstellation aus Ökonomie und Politik vorgelegt. Wie immer ging es in der Kontinuität imperialistischer Politik um den Zugang zu den Rohstoffen und natürlichen Ressourcen sowie um die Ausbeutung von Menschen als Arbeitskräften (von „Schlafwandeln“ à la Christopher Clark kann nicht die Rede sein).

Um dieses Kriegszielprogramm zu realisieren, brauchte man eine möglichst große Zustimmung der Bevölkerung. Am Gefährlichsten für die Herrschenden schien der erwartete Widerstand aus den politisch bewussten Teilen der Arbeiterbewegung, vornehmlich der deutschen Sozialdemokratie. Noch Ende November 1912 hatten alle Parteien der Zweiten Internationale im Baseler

Münster den von Lenin, Martov und Rosa Luxemburg auf dem Stuttgarter Kongress formulierten Appell von 1907 erneuert, nämlich: bei drohendem Kriegausbruch seien *„die arbeitenden Klassen und deren parlamentarische Vertretungen in den beteiligten Ländern verpflichtet, alles aufzubieten, um... den Ausbruch des Krieges zu verhindern“* (nach: Wolfgang Abendroth, 1965, S.83).

Noch eine Woche vor der Mobilmachung hatte es in vielen deutschen und europäischen Städten Anti-Kriegs-Kundgebungen von Tausenden politisch engagierter Arbeiterinnen und Arbeitern gegeben. Als wenige Tage oder auch nur Stunden später die Mobilmachung kam, folgten große Teile der Arbeiterklasse dem Aufruf ihrer nationalen Regierungen. Dieser Umschlag von der *Opposition gegen den Krieg* zur *Akklamation für den Krieg* ist das bis heute **nicht hinreichend begriffene Problem, nämlich wie der Krieg in die individuellen Köpfe und teilweise auch die Seelen und die Herzen vieler Menschen kommen konnte**. Die Spaltung der Arbeiterbewegung in zwei verfeindete Strömungen, in Bremen gar in drei verschiedene Zweige: die Mehrheitssozialdemokraten (**MSPD**, ab 8.12.1916 als „Sozialdemokratischer Verein Bremen“ gegründet, initiiert vom ehemaligen Bremer Arbeitersekretär Friedrich Ebert) waren hier die Verursacher der Spaltung, die Unabhängigen Sozialdemokraten (**USPD**, mit Alfred Henke an der Spitze) und die **Bremer Linksradiakalen** (Gruppe „Arbeiterpolitik“, Johann Knief und Paul Frölich, 1916) – schließlich am Jahresende 1918/19 die Gründung der Kommunistischen Partei Deutschlands (**KPD**), z.T. hervorgegangen aus den „**Internationalen Kommunisten Deutschlands**“ (**IKD**), die in Bremen eine - trotz der Probleme, die aus einer organisatorischen Neugründung notwendig entstehen - herausragende Rolle für die Etablierung der Räterepublik spielen sollte. Wir sehen: in Bremen bestand zu Beginn der Novemberrevolution eine vielgestaltige, aber gesplante linke politische Landschaft, wobei eine partielle Kooperation zwischen Alfred Henke (USPD) und Sepp Miller (KPD) realisiert werden konnte. Der Trennstrich bestand explizit gegenüber der sich auf die Gewerkschaften stützenden MSPD. In den Augusttagen des Jahres 1914 hatten die herrschenden Kreise aus Militär, Kapital, Bourgeoisie, Wissenschaft und Monarchie jubiliert - und Kaiser Wilhelm II. stellte fest: *„Ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur noch Deutsche!“*

Am 4. August 1914 stimmte die Reichstagsfraktion der Sozialdemokraten den Kriegskrediten zu. Bald war es allein der Abgeordnete Karl Liebknecht, der dem sogenannten „Burgfrieden“ bei der zweiten Kriegskreditvorlage am 2.12.1914 die Zustimmung verweigerte. Während des Krieges waren es nur kleine Gruppen, die den Widerstand gegen die Parteiführungen organisierten: Clara Zetkin mit dem Internationalen Sozialistischen Frauensekretariat, Willi Münzenberg mit der Sozialistischen Jugend-Internationale, die Treffen in Zimmerwald (1915) und in Kienthal (1916) und die drei - bald illegalen Gruppen - auf dem linken Flügel der Sozialdemokratie: Spartakusbund,

Lichtstrahlengruppe und Gruppe Arbeiterpolitik (Bremer Linke). *Die Haltung zum Krieg hatte die Arbeiterbewegung tief gespalten und führte am 4.8.1914 zu dem ersten schweren und folgenreichen Sündenfall.* Der in Bremen prominente Pazifismus aus den Reihen des Bürgertums und der Frauenbewegung ist damit nicht weniger bedeutsam: Die Aktivitäten des Linksliberalen und späteren Nobelpreisträgers Ludwig Quidde (Karl Holl, 2007) und der auf internationalen Kongressen engagierten Auguste Kirchhoff für ein Ende des Krieges beginnen bereits im Frühjahr und Sommer 1915 (Henriette Wottrich, 1990).

Nun zurück zur Beantwortung der Frage: Warum erfolgte der Umschlag von Opposition in Akklamation?

Mit dem 4. August 1914 war der wichtigste Hemmschuh auf dem Wege zur imperialen Expansion beiseite geräumt. Der wilhelminische Militarismus hatte, vermittelt *über Volksschule, Militär und Kirchen*, über Mitgliedschaften in den Massenverbänden des Flottenvereins und des Alldeutschen Verbandes sowie des Kyffhäuserbundes tiefe Spuren auch in der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung hinterlassen. Es gab zwar eine Unvereinbarkeitserklärung der Sozialdemokratie mit den Kriegervereinen, doch nicht alle Sozialdemokraten hatten Berührungsängste mit dem preußischen Militär: bei vielen Mitgliedern hingen in den Wohnstuben Bilder von Wilhelm I., Moltke und Bismarck neben Porträts von Bebel und Liebknecht, Marx und Lassalle. Außerdem hingen Kameradschaftsfotos als Erinnerungsstücke an den Militärdienst an den Wänden, denn seit 1893 galt eine zweijährige Wehrpflicht für Männer und eine mehrjährige Reservistenzeit, die die Arbeiterklasse an diese Institution von Drill, Befehl und Gehorsam auch emotional quasi-lebenslang kettete. So kam der fliegende Wechsel der Sozialdemokratie ins Lager der Kriegsbefürworter nicht ganz überraschend.

Die Meinungsbildung erfolgte über die Propaganda in den Institutionen des Staatsapparates. Insbesondere in den Schulen lernten Jungen wie Mädchen, wie Feindbilder mobilisiert werden konnten: *„Jeder Tritt ein Britt, jeder Stoß ein Franzos, jeder Schuss ein Russ!“* Beispielhaft sei hier der junge Sebastian Haffner und spätere Journalist, zitiert, der noch in den Sommerferien 1914 in den Wäldern seiner hinterpommerschen Heimat herumstreifte und seinen Wandel zum fanatischen Chauvinisten registrierte, und das nur binnen weniger Tage: *„Was zählte, war die Faszination des kriegerischen Spiels: eines Spiels, in dem nach geheimnisvollen Regeln Gefangenenzahlen, Geländegewinne, eroberte Festungen und versenkte Schiffe ungefähr die Rolle spielten wie Torschüsse beim Fußball oder Punkte beim Boxen.“* (Sebastian Haffner, 2000, S.20) Und Haffner fügte im Hinblick auf den Zusammenhang von kindlicher Verarbeitungskraft des Kriegsbeginns und der Entfesselung der Massenseelen in jenen Augusttagen 1914 voraussagend hinzu: *„Und eine kindische Wahnvorstellung, gebildet in den Köpfen von zehn Kinderjahrgängen (H. meint*

die Jahrgänge 1900-1910, G.Sch.) und vier Jahre hindurch in ihnen festgenagelt, kann sehr wohl zwanzig Jahre später als tödlich ernsthafte ‚Weltanschauung‘ ihren Einzug in die große Politik halten.“

Nicht alle, wie die Bremer Arbeiterfamilie der Pöhlands in ihren Briefen zeigt, waren von diesem Kriegstaumel in gleicher Weise erfasst. In Bremen war die Zahl der Kriegsgegner mit Gründung der USPD 1916 (im April 1917 auf Reichsebene) größer und der Einfluss der USPD dominierend – allenfalls noch vergleichbar mit der Position der USPD in der Stadt Leipzig, der Wiege der Sozialdemokratie, wo August Bebel und Wilhelm Liebknecht längere Zeit mit ihren Familien lebten. Die Rolle der Bremer Bürger-Zeitung (BBZ), später auch der „Arbeiterpolitik“ und dann des „Kommunist“ spielten eine wichtige Rolle als Gegenkräfte zur herrschenden Propaganda. - Wie schlecht das für uns heute vergleichsweise aussieht, insbesondere nach dem 24.2.2022 mit dem russischen Einmarsch in die Ukraine, muss nicht näher erläutert werden: An der Berichterstattung dieser Monopolzeitung im Bremer Raum (WK/BN) lässt sich zeigen, wie die geistige Mobilmachung zur „Kriegstüchtigkeit“ organisiert werden kann. Abgesehen von wenigen Ausnahmen (z.B. Interview mit G. Verheugen) ist Widerspruch fast ausschließlich in den Leserbriefspalten zu finden. „Der bellizistische Tenor der veröffentlichten Meinung“, wie Jürgen Habermas diesen Eindruck in der Süddeutschen Zeitung zutreffend nannte (Jürgen Habermas, 2023, S.10), verband sich mit der ökonomischen und politischen Aufrüstung der herrschenden Eliten und ihrem unverhohlenen Aufruf zur mentalen Kriegsvorbereitung (Annalena Baerbock und Boris Pistorius).

Einer der wichtigsten intellektuellen Stichwortgeber der „Ideen von 1914“ war ausgerechnet ein Bremer Kaufmannssohn, **Johann Plenge**, in Leipzig habilitiert bei Karl Bücher, später als Ökonom, Historiker und Soziologe in Münster tätig, stellte den Ideen von 1789 (Freiheit - Gleichheit - Brüderlichkeit) die „*Volksgenossenschaft des nationalen Sozialismus*“ gegenüber. Nicht zufällig wurde er durch seinen Bremer Mitschüler, den Kaffeemäzen **Ludwig Roselius**, in seinen Institutsplänen mit vielen Tausend Reichsmark unterstützt (incl. Stiftungskapital von 150.000 RM). Plenge arbeitete in Abstimmung mit Roselius an einer modernen Propagandalehre, die der Professor später dem NS-Propagandaminister Joseph Goebbels nahebringen wollte – was allerdings misslang. Ähnlich erging es Plenge mit der Erfindung des Begriffs der „Volksgemeinschaft“, ein Begriff, der durch die gemeinsamen Erlebnisse im Schützengraben eine besondere männlich-militaristische Klangfärbung erhielt.

Plenge, und das war wichtig, wirkte auch in Teile der Arbeiterschaft hinein, durch seinen Kontakt zur Cunow-Haenisch-Lensch-Gruppe um die Zeitschrift „Die Glocke“. Ausgerechnet die ehemaligen Vertreter der radikalen Linken wie Konrad Haenisch und Paul Lensch waren mit dem Kriegsausbruch ins nationale Lager eingeschwenkt. Die Begeisterung für den nationalen Sozialismus unter

den jungen Rechten in der späteren Weimarer SPD, von Hermann Heller bis Fritz Borinski (übrigens für kurze Zeit Leiter der VHS in Bremen, 1954-56), hat in diesem Milieu ihren Ursprung, mit gravierenden Folgen für ihre Anpassungsbereitschaft an die Schwarze Front Otto Strassers und andere Junge Rechte im Umkreis der „Neue(n) Blätter für den Sozialismus“. Wenn auch diese konservativen Sozialdemokraten an einer sozialen Ausgestaltung dieser Variante der „Volksgemeinschaft“ festhielten, gab es doch eine Reihe von Berührungspunkten, die eine - freilich unbeabsichtigte - Brückenfunktion zur extremen Rechten, zu den Faschisten ermöglichte und die Betroffenen 1933 nicht vor Tod (Heller in Madrid) oder Exil (Borinski in London) bewahrte.

Die Pfeffersäcke um Roselius finanzierten im Übrigen die konservative Weser-Zeitung, die darauf aufmerksam machte, dass „Bremen im ganzen Reich für die Hochburg und das Experimentierfeld der Spartakusgruppe“ gelte. Diese Kapitalfraktion forderte im Verein mit der Bremer MSPD den ihnen aus seinen Tagen als Arbeitersekretär vertrauten Reichskanzler Friedrich Ebert auf, Truppen nach Bremen zu entsenden, um dem „Terror der Arbeiterführer und Arbeiter“ ein Ende zu bereiten. Damit habe ich bereits vorgegriffen auf das Ende der Bremer Räterepublik. - Soweit zunächst zur Vorgeschichte des 1. Weltkrieges im „Jahrhundert der Extreme“, wie der britische Historiker Eric J. Hobsbawm das Jahrhundert zwischen 1914/1917 und 1989/1991 genannt hat.

2. Vom Arbeiter- und Soldatenrat zum Übergang in die Bremer Räterepublik

In der Endphase des Krieges hatten sich bei allen Differenzen, die zwischen den verschiedenen Gruppen der Linken bestanden - voran der USPD mit Alfred Henke und der „Gruppe Arbeiterpolitik“ um Johann Knief und Karl Radek - Annäherungen in der Frage der prinzipiell positiven Einschätzung der russischen Oktoberrevolution ergeben. Auch wenn die II. Sozialistische Internationale im nationalistischen Taumel der meisten europäischen Arbeiterparteien im August 1914 untergegangen war, war der Gedanke der internationalen Solidarität in den linken Hochburgen wie Bremen und Leipzig durchaus lebendig, zumal deren Repräsentanten sich von den noch jungen „Sowjets“ Impulse für die nationale und lokale Transformation zum Sozialismus von unten erhofften.

Daraus erwachsende praktische Kooperationen zeigten sich im Werftarbeiterstreik der linken Weser-Werft vom 31.1.- 3.2.1918, als die Linksradiكالen von der „Arbeiterpolitik“ das Flugblatt des Berliner Spartakus verteilten, das A. Henke im Kontakt mit den Revolutionären Obleuten des Metallarbeiterverbandes mitgebracht und bei der „Arbeiterpolitik“ in 10.000er Auflage hatte drucken lassen. Zu diesem Zeitpunkt hatten die führenden Kräfte von USPD und Arbeiterpolitik im Hinterkopf, dass die Beendigung des Krieges in eine revolutionäre Phase überleiten könnte. Die Vorbereitung sah so aus, dass die Kontakte zwischen Henke (USPD), Knief (Arbeiterpolitik) und den

Arbeiterräten in den Werften um Josef (Sepp) Miller im November/Dezember 1918 intensiviert wurden - und dies im Hinblick auf die Debatten im Arbeiter- und Soldatenrat zur strategischen Option zwischen Räteherrschaft und parlamentarischer Demokratie (Jörg Wollenberg hat den aktiven Kern auf ca. 500 Arbeiter beziffert). Differenzen blieben z.B. in der Frage der Einheitsorganisation, der Kooperation mit den SyndikalistInnen, der Beteiligung an den Parlamentswahlen und in der Einschätzung des Charakters und der Perspektive der Novemberrevolution. Sie arbeiteten im Bremer Arbeiter- und Soldatenrat zusammen und plädierten bereits am 7. Oktober 1918 für den „*Weg von der bürgerlichen Republik zur proletarischen Revolution*“. Ich muss aus Zeitgründen die Phase des Arbeiter- und Soldatenrates überspringen und zu den Ereignissen am 10. Januar 1919 kommen, an dem die Bremer Revolutionäre die selbstständige „*Sozialistische Republik Bremen*“ ausriefen (genauer: durch Adam Frasunkiewicz, Hemelinger USPD-Mitglied und seit dem 6.11.1918 Mitglied des Arbeiter- und Soldatenrates). Daran waren die USPD unter Führung des Zigarrenmachers und Arbeiter-Intellektuellen Alfred Henke, die SyndikalistInnen und die Oppositionellen in der KPD um Karl Plättner beteiligt, dem Vorsitzenden der kommunistischen Vertrauensleute in Bremen.

Die Proklamation der Räterepublik durch Adam Frasunkiewicz lautete:

„Die bremischen Proletarier haben heute demonstriert und zum Ausdruck gebracht, dass vom heutigen Tage in Bremen die kommunistische Republik errichtet wird. Die bremischen Proletarier haben heute über Bremen das Standrecht verhängt, den Senat abgesetzt und an dessen Stelle den Rat der Volksbeauftragten eingesetzt. Der Rat nimmt die Regierungsgeschäfte des Senats in seine eigene Hand.

Das Standrecht ist verhängt worden, die besitzende Klasse ist aufgefordert worden, die Waffen abzuliefern. ...

Die bremischen Arbeiter haben heute das Räteresystem als die einzige für die Proletarier in Frage kommende Regierung erklärt. Die nicht dafür sind, sind Feinde der Proletarier. Die Demonstranten haben in der Resolution gefordert, dass die rechtsstehenden Sozialisten nicht anerkannt werden sollen ... Wir wollen nicht rauben und nicht plündern, sondern Ordnung im Staate herbeiführen, weil die kapitalistische Herrschaft in voller Unordnung ist und das Chaos verschuldet hat. ...

Die Demonstranten haben in der Resolution gefordert, dass die kapitalistische Presse unter Vorzensur gestellt werde, damit keine Lügenberichte in die Welt geschleudert werden ...“ (Peter Kuckuk, 2.Aufl., 2017, S.188)

Symbolisch wurde die rote Fahne gehisst, die Internationale gesungen und ein Sympathieschreiben an Wladimir I. Lenin verschickt. Wichtigstes Ergebnis war

freilich, dass die Doppelherrschaft - also das Arrangement des Arbeiter- und Soldatenrates mit dem bürgerlichen Senat seit dem 15.11.1918 - aufgehoben war.

Es lässt sich trefflich streiten, ob die Bremer Revolutionäre für die faktische Übernahme der Geschäfte gut vorbereitet waren oder nicht. Die hochqualifizierte, marxistisch fundierte Bildungsarbeit der Gruppe um Anton Pannekoek, Heinrich Schulz, Wilhelm Pieck, Johann Knief und Heinrich Brandler scheint die Hypothese von der erfolgreichen Bildungsarbeit auf den ersten Blick zu bestätigen (so Jörg Wollenberg, in: Doris Kachulle, Hrsg., 2006, S.276 ff.). Jedenfalls war die Machtübertragung am 10. Januar 1919 reibungslos verlaufen, doch die Arbeit der Volkskommissariate begann erst jetzt. Der für das Schul- und Bildungswesen verantwortliche Kommissar *Hermann Böse* (wie J. Knief auch ein sich radikalisierender Lehrer) führte im Januar 1919 eine einheitliche vierjährige Primarstufe für alle schulpflichtigen Kinder ein, unabhängig von ihrer sozialen Herkunft. Es war die eigentliche Geburtsstunde der heutigen Grundschule. Außerdem wurde der konfessionelle Religionsunterricht an allen Bremer Schulen abgeschafft. An seine Stelle trat ein konfessionsloser Ethikunterricht. *Curt Stoermer* übte die Zensur für die beiden bürgerlichen Zeitungen aus (Bremer Nachrichten, Weser-Zeitung), allerdings in sehr vorsichtiger Form. Selbst das MSPD-Zeitungsprojekt konnte nach einer Verbotsphase als „Bremer Volksblatt“ ab Ende Januar erstmals erscheinen.

Eine grundsätzliche Schwierigkeit ergab sich aus der Haltung der Räteregierung zur Abhaltung der *Wahlen zur deutschen Nationalversammlung*. Die Vollversammlung der Räteregierung hatte zwar, wie die Kommunisten im Sinne Johann Kniefs gemeinsam mit vielen USPD-Vertretern, am 12.1.1919 entschieden, die Wahl zur Nationalversammlung in Bremen zu verbieten, den Beschluss aber kurze Zeit später mit knapper Mehrheit wieder aufgehoben. Der reichsweite Kampf um die parlamentarische Demokratie versus sozialistische Räteherrschaft war damit auch in Bremen entschieden. Dieser Fall zeigte, wie schwierig es unter diesen nationalen Bedingungen war, eine revolutionäre Entwicklung in einer Insel wie der freien Reichsstadt Bremen durchzusetzen.

Das zweite existenzielle Problem war mit den nur noch für ca. 14 Tage zur Verfügung stehenden Geldreserven der Generalkasse der Freien Hansestadt verknüpft. Die drohende Zahlungsunfähigkeit war schwerwiegend wegen der Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln, die auf dem Seeweg nicht über die bremischen Häfen geliefert werden konnten – im Januar 1919 bestand noch eine britische Seeblockade. Die Bauern aus dem benachbarten Preußen bzw. Oldenburger Land zeigten sich nicht willig, das sozialistische Experiment in Bremen zu unterstützen.

Sämtliche deutschen Landesbanken und alle privaten deutschen Großbanken kündigten am 16.1.1919 die Einstellung ihres gesamten Zahlungsverkehrs von

und nach Bremen an. Diese Lage komplizierte und belastete das Überleben der Räteregierung. Trotz all dieser Hindernisse gelang es in der kurzen Zeit der Räteregierung, die Arbeitslosigkeit zu senken und ein anerkanntes System der Erwerbslosenfürsorge zu schaffen. Die Erfolge zeigten sich auch in der 40-Stunden-Arbeitswoche im öffentlichen Dienst, während im Dienstleistungssektor und im Kleinhandel der 8-Stunden-Arbeitstag galt. Begrenzte Lohnerhöhungen gab es auch für die kleinen Beamten und Angestellten und für die Lehrlinge, ging also deutlich über den Kern der in den industriellen Großbetrieben arbeitenden Arbeiterklasse hinaus. In puncto Sozialisierung des Bankkapitals, der Großbetriebe, der Bergwerke und Hütten blieb die Räteregierung allerdings in ihren Ankündigungen stecken. Die verbliebene Regierungszeit betrug jedoch nur etwa drei Wochen, zieht man die letzten vier Tage vor der blutigen Niederschlagung der Bremer Räterepublik von den insgesamt 25 Tagen ab. Das sollte immer bedacht werden, wenn ein faires Urteil abgegeben wird.

Besonders problematisch waren jedoch einzelne Maßnahmen, die von der Vorzensur bürgerlicher Zeitungen bis zur Besetzung und Schließung des Gewerkschaftshauses reichen. Auch wenn die Forderung mancher Revolutionäre mit der Parole „Nieder mit den Gewerkschaftsbonzen!“ mancher enttäuschenden Alltagserfahrung entsprungen haben mag, war sie dennoch eher dem revolutionären Überschwang geschuldet als rationale Politik auf die Einheit aller Arbeitenden zielenden, solidarischen Bemühungen. Die anfänglich positiv erscheinende Kooperation zwischen USPD und KPD konnte in der Räteregierung nicht vertrauensvoll stabilisiert werden, im Gegenteil: die inneren Auseinandersetzungen zwischen den Regierungsparteien, selbst innerhalb der gerade sich erst formierenden KPD (mit immerhin gut 7.000 Mitgliedern im Januar 1919) lähmten die Arbeit und verzehrten Kräfte. Ohne zu stark zu personalisieren, fehlten in dieser Phase bremischer Geschichte Köpfe vom Format und der Erfahrung eines Johann Knief, der wegen schwerer Erkrankung ausfiel und im April 1919 mit 39 Jahren verstarb.

Mindestens so problematisch war der Positionswechsel Alfred Henkes in der Frage des Frauenwahlrechts, für das er bei der großen Frauenversammlung mit rund 2000 TeilnehmerInnen (auch einigen Männern) am 10.11.1918 im Casino (Auf den Häfen) so emphatisch geworben hatte. Bereits am 19.11. 1918 rückte er von der Position der „Gleichberechtigung der Geschlechter“ aus patriarchalischen Machterhaltungsgründen der übergeordneten Revolutionssicherung ab und disqualifizierte die meisten Frauen als „ungebildete Rekruten“ und damit als potentiell Wahrlisiko. Und dies, obwohl der Rat der Volksbeauftragten in Berlin bereits am 12.11.1918 das Frauenwahlrecht im gesamten Reich verkündet hatte - eine alte Forderung der deutschen Arbeiterbewegung seit August Bebel's weitverbreiteter Schrift „Die Frau und der Sozialismus“ (1879). Die Rolle der Frauen in der deutschen

Novemberrevolution und in der Bremer Räterepublik ist erst in Ansätzen aufgearbeitet.

3. *Am Anfang war Gewalt. Revolution und Konterrevolution - das blutige Ende der Räterepublik in Bremen*

Wir hatten es eingangs schon formuliert: Ludwig Roselius fuhr zu Gustav Noske nach Berlin, der als Reichswehrminister seine Zusage zur „Wiederherstellung der öffentlichen Ordnung“ in Bremen gab. Noske hatte angesichts der Januaraufstände in Groß-Berlin und an anderen Orten viel zu tun, aber die Entscheidung gegen die Bremer Räterepublik war gefallen, zumal sie in gewisser Hinsicht Präzedenzcharakter besaß (siehe Berlin, die Münchner Räterepublik, aber auch : Mannheim, Braunschweig, Gera, u.a.). Kurz vor dem Angriff auf die Hansestadt hatte er im „Vorwärts“ angekündigt, dass er, falls sich in Bremen Widerstand regen sollte, mit „rücksichtsloser Entschlossenheit“ durchgreifen werde, „was zu einem Aufschrei unter der gesamten norddeutschen Arbeiterschaft führte“ (Jan-Philipp Pomplun, 2023, S.51).

Das Bündnis Friedrich Ebert (MSPD) – Wilhelm Groener (OHL) hatte schon am 10. November 1919 in Berlin die prinzipielle Entscheidung getroffen, wie mit der Revolution und ihren Anhängern zu verfahren sei, so jedenfalls *Groener* im sogenannten Dolchstoßprozess: *„Am 10. abends habe ich telephonisch ein Bündnis geschlossen mit dem Volksbeauftragten Ebert zur Bekämpfung der Revolution. Wir haben gemeinsam - und ich rechne mir das zu meinem Verdienst an – von Anfang an die Revolution bekämpft, und zwar nach meiner eigenen Initiative und mit meiner Zielsetzung und mit allen Mitteln, die ich zur Bekämpfung der Revolution für geeignet hielt“*. Eine ähnliche Aussage trifft der Verkünder der parlamentarischen Republik *Philipp Scheidemann* im gleichen Prozess. *„Wir haben keine Revolution vorbereitet, wir haben keine Revolution gewollt, sondern wir standen einfach auf die Bitten hin und auch schließlich aus eigenem Pflichtbewusstsein heraus vor der Frage, was tun wir in diesem Augenblick des furchtbarsten Elends unseres Volkes? Wir mussten ein bankrotttes System liquidieren. Wir waren sozusagen Gerichtsvollzieher geworden“*.

Dieses verhängnisvolle Bündnis zwischen Friedrich Ebert und seinem „Bluthund“ Gustav Noske führte schließlich dazu, dass sie mit den Konterrevolutionären (z.B. Waldemar Pabst) eine mörderische Liaison eingingen, um den „roten Spuk“ zu beenden. Bezeichnend für das Rechtsstaatsverständnis der juristischen und z.T. politischen Eliten in der Adenauer-Ära gegenüber dem Hauptverantwortlichen an der Ermordung Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts, *Waldemar Pabst*, war, dass er in einem Spiegel-Gespräch am 18.4.1962 offen über seine Mordaktion und das

Zusammenspiel mit Ebert und Noske sprechen konnte, ohne umgehend festgenommen zu werden. Er war zu allen Zeiten mit den Mächtigen vernetzt: Militarist, Geheimagent, Profaschist und Mann des Kapitals. Dass diese Feststellung auch Konsequenzen für die Namensnennung der sozialdemokratischen Parteistiftung haben müsste, ist geradezu zwingend. Pabst war die Schlüsselfigur in den rechten und paramilitärischen Netzwerken, die bis nach Österreich, Ungarn und Italien reichten. Er hatte sehr früh den Plan einer „Weißen Internationale“ (auch „faschistische Internationale“ genannt), die während des Kapp-Lüttwitz-Ludendorff-Putsches und dann mit Mussolinis „Marsch auf Rom“ Ende Oktober 1922 neuen Auftrieb erhielt und schließlich nach dem Treffen der „Harzburger Front“ im Spätherbst 1931 - mit Stahlhelm und SA - u.a. in und mit der „Gesellschaft zum Studium des Faschismus“ zum Angriff auf die bürgerliche Demokratie und zur Zerschlagung der Arbeiterbewegung blies.

In Bremen hatte sich nach dem 6. November 1918 (Arbeiter- und Soldatenrat Bremen) ein überwiegend deutschnational ausgerichteter „*Bürgerausschuss*“ gegründet, der die Machtverhältnisse mit der Jahrhunderte alten Vorherrschaft der Großkaufleute und Reeder restaurieren wollte - nun im Verbund mit den Mehrheitssozialdemokraten. Die Zusammenarbeit des Bürgerausschusses mit dem Militär und den aus dem „Felde“ zurückkehrenden Einheiten war auf die gewaltsame Intervention der „Gerstenberger“ und der „Caspari-Leute“ mit Unterstützung Noskes aus Berlin gerichtet, um die Schmach der Niederlage vom November 1918 wieder wettzumachen und ungestört den wirtschaftsliberalen Kurs des freien Handels mit Aussicht auf Weltmarkt-Extraprofit zu fahren (das schloss die „Forderung nach „Deutschlands Kolonialbesitz und Weltgeltung“ ein).

Der spätere Ordoliberal Walter Eucken z.B. übernahm in dieser Phase der Revolution eine Zeitlang eine besoldete Stelle für den Bremer Bürgerausschuss, vermittelt über seinen aus Bremen stammenden Bonner Doktorvater Hermann Schumacher. Prinzipien eines ökonomischen Liberalismus und das Plädoyer für autoritäre Herrschaftsmodelle, bisweilen auch die faschistische Variante, wie das Beispiel F. A. Hayeks (Der Weg zur Knechtschaft, 1944) zeigt, gehen besonders in Krisenzeiten durchaus zusammen, es sind eben zwei „Formen bürgerlicher Herrschaft“ (Reinhard Kühnl, 1971 – z.T. auf der Grundlage von Herbert Marcuse, 1934) unabhängig von ihrem ursprünglich von der Aufklärung beeinflussten Selbstverständnis. W. Eucken blieb zwar ein anerkannter Ordoliberaler Ökonom im deutschen Faschismus („Die Grundlagen der Nationalökonomie“, 1940), verhielt sich gleichwohl politisch resistent bis widerständig im Rahmen der sogenannten „Freiburger Kreise“ (Moritz Peter Haarmann, 2015, S.196 f.). Diese Erkenntnisse sind auch für die Beurteilung der „Liberalen“ in der Gegenwart wichtig, zumal sie sich schon lange des sozialliberalen Flügels entledigt haben.

So kam es, dass der *Bürgerausschuss*, unterstützt von den konservativen Angestellten- und Beamtenverbänden, in alle Phasen der Vorbereitung der militärischen Zerschlagung der Bremer Räterepublik und das Verdener Abkommen vom 2. Februar 1919 eingebunden war. Mit dem Angebot des Rücktritts des Rates der Volksbeauftragten hatte die Bremer Räteregierung eine zentrale Forderung der Reichsregierung erfüllt, ebenso mit der Bereitschaft zur Entwaffnung, allerdings nicht an die Division Gerstenberg, sondern an die im Verdener Abkommen genannten Verbände aus Hamburg und Bremerhaven. Die „Gerstenberger“ sollten danach unverzüglich abziehen, so auch die Forderung der Mehrheitssozialdemokraten am Verhandlungstisch. Die Reichsregierung in Berlin, insbesondere Reichswehrminister Noske, setzten auf die totale Unterwerfung der Bremer Räteregierung, die in ihrer Antwort auf das Berliner Regierungs-Telegramm eine sozialistische Koalitionsregierung der drei Parteien MSPD, USPD und KPD angeboten hatte. Noske aber wollte eine „Demonstration der unbedingten Autorität der Regierung - auch um den Preis eines Machtzuwachses der ultrarechten Kreise und der Abkehr vieler Arbeiter von der SPD“, wie der Historiker Eberhard Kolb das Ergebnis kritisch bilanzierte (Eberhard Kolb, 1962, S.345).

Die Division Gerstenberg und das Freikorps des Major Caspari, zunächst vor den Toren Bremens in Achim, z.T. auch in Kirchweyhe stehend, umzingelten Bremen über das Blockland auf der einen und über Huchting von Süden her. Die Zahl der Toten belief sich in den harten Kämpfen, die sich etwa in den Wallanlagen zugetragen haben, auf 75, 175 wurden verwundet (siehe auch die literarische Verarbeitung dieser Ereignisse in Peter Weiss' Roman „Ästhetik des Widerstandes“). Dutzende wurden verhaftet, auch aus dem Bremer Umland, unter ihnen u.a. *Heinrich Vogeler* aus Wörpswede, der sich in einem Brief an einen SPD-Abgeordneten der Nationalversammlung über die Zerschlagung der Bremer Räterepublik empörte: „*Die Arbeiterschaft ist verzweifelt, dass sie von Euch bekämpft und zusammengeschossen wird in dem Augenblick, wo sie gewillt ist, sich ganz für das sozialistische Programm einzusetzen. Wir könnten im gemeinwirtschaftlichen Austausch mit Russland unserem Volk am besten helfen und einen zukünftigen Aufbau garantieren.*“ (Siegfried Bresler, 2025, S.114) Demgegenüber schickte *Gustav Noske* am 7.2. 1919 die 2. Landesschützen-Brigade unter Generalmajor von Roeder zur Besetzung der Unterweserstädte (es ging ja auch um Bremerhaven, Cuxhaven, Vegesack und Blumenthal) und stellte abschließend seinen „Erfolg“ in Bremen als Präzedenzfall fürs ganze Reich dar: „*Es war die Voraussetzung für die folgende Aufrichtung der Reichsgewalt in den übrigen Teilen Deutschlands.*“ (Gustav Noske, 1947, S.88)

Wir wissen heute aus der Forschung, dass die Zusammenarbeit der Mehrheitssozialdemokraten mit den Freikorps, die ja schon sehr früh das Hakenkreuz am Stahlhelm trugen, in der dann folgenden Phase der Revolution

in Berlin und später im Ruhrgebiet ab März 1919 mehrere Tausend Tote kostete (K.H. Roth spricht von 4000 - 5000). Die politische Verantwortung Friedrich Eberts und Gustav Noskes (insbesondere auch der rechtswidrige „Schießbefehl“ vom 9.3.1919 in Berlin, so das Urteil des konservativen Juristen Ernst Rudolf Huber, 1978, S.1104) ist nicht zu bestreiten, sie war die Voraussetzung für diese frühen staatlich motivierten und zu verantwortenden „Gründungsmassaker“ (Mark Jones, 2017) der jungen Weimarer Republik, von deren Hypothek sie sich nie wieder erholen sollte.

Die präfaschistischen Gruppen von der Organisation Consul, der Schwarzen Reichswehr, finanziert von Großindustriellen wie Stinnes für den Kampffonds der Antibolschewistischen Liga (500 Mio. Reichsmark von 50 Industriellen), mäandrierten im rechten, antisemitischen Sumpf und mordeten unentwegt in dieser frühen Phase zwischen 1919 und 1923: Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, Kurt Eisner und Gustav Landauer, Eugen Leviné, später Matthias Erzberger und Walter Rathenau - ohne die fehlgeschlagenen Attentatsversuche auf Philipp Scheidemann und den Publizisten Maximilian von Harden. Aufbauend auf den zeitgenössischen Statistiken des Mathematikers und Pazifisten Emil Julius Gumbel („Vier Jahre politischer Mord“, 1922) haben Mitte der 1960er Jahre die Historikerin Elisabeth Hannover-Drück und der Jurist Heinrich Hannover aus Bremen in ihrem Buch über die „Politische Justiz 1918-1933“ (1966) dieses düstere Kapitel deutscher und bremischer Geschichte zum ersten Mal aufgearbeitet.

4. *Fazit und Ausblick:*

1. Die Arbeiterbewegung hatte im Zuge der Novemberrevolution 1918/19 eine sozialistische Republik mit basisdemokratischer Räteherrschaft schaffen wollen, aber eine bürgerlich-parlamentarische Demokratie bekommen. Die Stärkung der Demokratie von unten sollte von einer umfassenden Sozialisierung der Schlüsselindustrien und Großbetriebe strukturell unterfüttert werden: „Keine Demokratie ohne Sozialismus. Kein Sozialismus ohne Demokratie“ (Rosa Luxemburg). Der Vorwurf der in den Bremer Bürgerausschüssen politisch und militärisch aktiven Bourgeoisie gegenüber den Anhängern der Räterepublik lautete, die Novemberrevolutionäre strebten eine „Diktatur des Proletariats“ an (so hatte es ja im „Erfurter Programm“ von 1891 gestanden - im Sinne der Mehrheit der arbeitenden Bevölkerung). Sie verschwiegen aber, dass das in Bremen geltende Acht-Klassen-Wahlrecht höchstens 2% der männlichen Wahlbevölkerung der Hansestadt abbildete, also eine Art „Diktatur der Handels- und Kaufmannsoligarchie“ war, die 1918 um ihre Privilegien bangen musste. Demgegenüber bedeutete die Bremer Räterepublik einen bedeutenden Schub an Demokratisierung, und

das nicht nur hinsichtlich des Wahlrechts. Es zeigte sich dann beim Kapp-Lüttwitz-Ludendorff-Putsch im März 1920, dass die Arbeiterbewegung in ihrer großen Mehrheit die bürgerlich-parlamentarische Republik verteidigten, auch wenn viele ihr weitergehendes Ziel einer sozialistischen Demokratie nicht aus dem Auge verloren (nicht nur, wie häufig behauptet wird, die Kommunisten).

2. Die Verteidigung der bürgerlichen Demokratie und ihrer rechtlichen Grundlagen - dem Grundgesetz ebenso wie dem Völkerrecht verpflichtet, nicht einer einseitig-westlich verkürzten „regelbasierten Ordnung“ - gehört zur politischen Operationsbasis, von der aus wir das sozialstaatliche Profil, das antimilitaristisch-pazifistische Markenzeichen und den antifaschistisch-demokratischen Kern weiterentwickeln. „Nie wieder Krieg! Nie wieder Faschismus!“ ist die Konsequenz aus Krieg und Nazi Herrschaft: Es ist die eigentliche Lektion des 8. Mai 1945! Deshalb gilt unser heutiges Augenmerk der kapitalistischen Produktionsweise, die immer wieder neue Formen autoritärer und patriarchalischer Herrschaft und imperialistische Tendenzen hervorbringt und sich die faschistische Variante (in modernisierter Form) als Reserveoption offenhält. Die Mitverantwortung an der Führung und Aufrechterhaltung der Kriege (Ukraine, Gaza) gehört ebenso zu diesen schleichenden Prozessen wie das Abschmelzen grundrechtlicher Kernbestände (Meinungs- und Wissenschaftsfreiheit) und die Mobilisierung von Kapital für den in Planung befindlichen, gigantischen Aufrüstungsprozess (als „Sondervermögen“ kaschiert). Der abenteuerlich-riskante außenpolitische Kurs der alten und neuen Regierung soll durch die innenpolitische Feinderklärung gegenüber den „Gesinnungspazifisten“ von der Partei „Die Linke“, dem BSW und dem kleiner gewordenen, linken Flügel der SPD abgesichert werden (so der sozialdemokratische Quasi - Staats-Historiker Heinrich August Winkler in der FAZ, Nr.53/4.3.2025, S.9). Manche der zivilgesellschaftlichen NGOs verbinden mit einer antifaschistischen Rhetorik (vgl. die jüngsten Demos gegen rechts) eine moderate Zustimmung zum Aufrüstungs- und Kriegskurs der alten wie neuen Regierung. Sie flankieren damit - ungewollt, aber auf fatale Weise - die Politik der mentalen Kriegsvorbereitung (s. „Nationale Sicherheitsstrategie der Bundesregierung“, 2013) im Zeichen des militaristischen „Heimatschutzes“.
3. Es zeigt sich an dieser Entwicklung, dass das Verhältnis von Konservatismus und Faschismus unter unseren gegenwärtigen multiplen Krisenbedingungen neu durchdacht werden muss. Konservative Parteien, z.T. sogar Segmente der Sozialdemokratie, neigen in ökonomischen Krisen und politischer Rechtsentwicklung zur programmatischen Anpassung an die rechten Parteien und zu einer Entdemokratisierung des Parlamentarismus und des öffentlichen Lebens, respektive einer Stärkung der Exekutive. Die sogenannte „bürgerliche Mitte“ ist keine Garantie für

die Stabilität eines demokratischen Gemeinwesens (Willy Brandt wusste das) - historisch ist sie mit dem antisemitischen wie antikomunistischen Gift mit intergenerationaler Langzeitwirkung infiziert. Alle abweichenden Auffassungen erscheinen dann als „Extremismen“, ohne dass der eigene „Extremismus der Mitte“ (so der US-Soziologe Seymour Martin Lipset in den 1960ern) in den Blick gerät. Die politische Konstellation Rot-Grün-Gelb und ihr Verhältnis zu Krieg und Aufrüstung im Fall der Ukraine wie Israel/Palästina sind aktuelle Beispiele dieses Problems.

Das ökonomische Bindemittel ist die Ideologie des neoliberalen Marktradikalismus, das sich mit der Vorstellung vom starken Staat verbindet: Friedrich August Hayek geht eine Liaison mit Carl Schmitt ein - zu Gunsten der großen Kapitale und ihrer Oligarchen und zu Lasten der großen Mehrheit der Bevölkerung. Das sozialdarwinistische Moment verbindet die Marktradikalen in konservativen und liberalen Parteien (incl. der AfD - Alice Weidel ist eine Protagonistin dieses Kurses) und erleichtert fließende Übergänge zur Allianz mit dem „modernen“ Faschismus: Die Wahl des FDP-Abgeordneten Kemmerich im 3. Wahlgang am 5. Februar 2020 im Thüringischen Landtag mit Unterstützung von CDU und AfD war der erste Testballon, und Friedrich Merz' Abstimmungsverhalten mit kalkulierter AfD-Zustimmung im Deutschen Bundestag (5 Jahre später im Februar 2025) war der zweite Versuch in dieser Richtung.

Gegenüber all diesen Gefahren gibt es Opposition aus der Friedensbewegung und aus Teilen der Gewerkschaftsbewegung, auch aus bürgerlich-demokratischen Gruppen, deren Aufgabe darin besteht, die dem Scheine nach „versteinerten Verhältnisse“ zum Tanzen zu bringen.

4. Daraus folgt, dass wir die ökonomisch-sozialen Probleme der Menschen in unserem Land lösen müssen, wie schon 1918 die Vertreter der Räterepublik und die beiden Arbeiterparteien nach 1945 in der „Kampfgemeinschaft gegen den Faschismus“ (KgF) wussten, wollen wir der Rechtsentwicklung das Wasser abgraben. An oberster Stelle steht im Augenblick der Kampf für Frieden und Abrüstung - das genaue Gegenteil des aktuellen, gigantischsten Aufrüstungsprozesses in der Geschichte der Bundesrepublik *und* Europas. Die Mittel müssen in die Förderung des sozialen Wohnungsbaus und von bezahlbarem Wohnen zur Miete eingesetzt werden (besonders für junge Familien mit Kindern – von Einheimischen *und* Geflüchteten), dann in die Gesundheitsversorgung (von den Hausärzten bis zu den Altenheimen), die Sanierung der maroden Infrastruktur (Straßen, Brücken, öffentliche Gebäude), die Kompensation schädlicher Wirkungen der Klimazerstörung (von ÖPNV bis Begrünung von Gebäuden/Flächen) und die Investitionen in Bildung und Ausbildung (sozialer Aufstieg für Arbeiter- und Migrantenkinder, vom Kindergarten bis zur weiterführenden Schule - Sanierung der Schulgebäude). Der soziale Kahlschlag, verbunden mit einer Kürzung im künstlerischen und

bildungspolitischen Sektor, wird immer sichtbarer, siehe z.B. die Kürzung/Streichung von Sprachkursen für MigrantInnen. Auch hier werden die Aufgaben der Gewerkschaften immer größer werden - defensiv in der Verteidigung des Sozialstaates. Der Kampf für den Frieden ist immer auch ein Kampf um den Sozialstaat.

5. Und ein letztes, das wir aus der Geschichte der Bremer Räterepublik lernen können/müssen: Die *parlamentarische Demokratie* ist die verfassungsmäßige Basis und Plattform für den demokratischen Diskurs in der politischen Willensbildung und Entscheidungsfindung (Regierungshandeln). Alles Gerede von den „Altparteien“ ist oberflächlich und nur ein (z.T. unbewusster) schaler Aufguss aus den verrotteten Beständen der „Konservativen Revolution“ der Weimarer Republik. Aber der Parlamentarismus braucht eine *außerparlamentarische, basisdemokratische Ergänzung und Erweiterung* im Sinne des Art.20, 2 GG (Demokratie wird u.a. realisiert in „Wahlen und Abstimmungen“) und des Art.21, 1 GG, der die Parteien zur *Mitwirkung* bei der politischen Willensbildung des Volkes berechtigt, aber kein Monopol besitzt (Bürgerinitiativen, Vereine, Verbände, Kirchen, u.a. gehören dazu). Das Mittel der Volksabstimmung sollte in existenziellen Lebensfragen der Gesellschaft und des Staates, wie z.B. dem außergewöhnlichen Schuldenpaket mit Grundgesetzänderung, eingesetzt werden: Union und SPD zusammen verfügen über weniger als die Hälfte der bei der jüngsten Bundestagswahl abgegebenen Stimmen (Parlamentssitze schon). Es wäre *eine* Möglichkeit, den Vertrauensverlust in die Demokratie zu stoppen - Risiken gibt es auch bei der ausschließlich parlamentarisch argumentierenden Variante.
- Der Text ist ein leicht erweiterter Vortrag, den ich am 2.2.2025 auf dem Waller Friedhof zu Ehren der ermordeten KämpferInnen der Bremer Räterepublik gehalten habe.

Literaturverzeichnis:

Abendroth, Wolfgang, Sozialgeschichte der europäischen Arbeiterbewegung, Frankfurt/M.1965.

Bieber, Hans-Joachim, Bürgertum in der Revolution. Bürgerräte und Bürgerstreiks in der Revolution in Deutschland 1918-1920, Hamburg 1992.

Bramke, Werner/Reisinger, Silvio, Leipzig in der Revolution von 1918/19, Leipzig 2009.

Brandt, Peter, Antifaschismus und Arbeiterbewegung. Aufbau, Ausprägung, Politik in Bremen 1945/46, Hamburg 1976.

Bremische Bürgerschaft/Staatsarchiv Bremen (Hrsg.), Novemberrevolution und Räterepublik 1918/19. Bremen und Nordwestdeutschland zwischen Kriegsende und Neuanfang, Bremen 2019.

Bresler, Siegfried, Auf der Suche nach einer besseren Welt. Heinrich Vogeler 1872-1942, Bremen 2025.

Busch, Michael, Der Gesellschaftsingenieur Johann Plenge (1874-1963), Münster 2019.

Engel, Gerhard, Johann Knief – ein unvollendetes Leben, Berlin 2011.

Engel, Gerhard, Radikal, gemäßigt, vergessen: Alfred Henke (1868-1946). Erster Teil, in: JahrBuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung, H.II (2015), S.67-85, Zweiter Teil, in: JahrBuch für Forschungen zur Geschichtder Arbeiterbewegung, H.III (2015), S.78-97.

Frevert, Ute, Die kasernierte Nation. Militärdienst und Zivilgesellschaft in Deutschland, München 2001.

Gallus, Alexander (Hrsg.), Die vergessene Revolution von 1918/19, Bonn 2010.

Gietinger, Klaus, Der Konterrevolutionär. Waldemar Pabst – Eine deutsche Karriere, Hamburg 2008.

Gumbel, Emil Julius, Vier Jahre politischer Mord, Berlin 1922.

Haarmann, Moritz Peter, Wirtschaft – Macht – Bürgerbewusstsein. Walter Euckens Beitrag zur sozioökonomischen Bildung. Mit einem Geleitwort von Prof. Dr. Dirk Lange, Wiesbaden 2015.

Habermas, Jürgen, Ein Plädoyer für Verhandlungen, in: Süddeutsche Zeitung (SZ), Nr.38/15.2.2023, S.10-11.

Haffner, Sebastian, Geschichte eines Deutschen. Die Erinnerungen 1914-1933, Stuttgart-München 2000.

Hannover, Heinrich/Hannover-Drück, Elisabeth, Politische Justiz 1918-1933. Mit einem Vorwort von Karl Dietrich Bracher, Frankfurt/M. 1966.

Heither, Dietrich/Schulze, Astrid, Die Morde von Mechterstädt 1920. Zur Geschichte rechtsradikaler Gewalt in Deutschland, Berlin 2015.

Holl, Karl, Ludwig Quidde (1858-1941). Eine Biografie, Düsseldorf 2007.

Huber, Ernst Rudolf (Hrsg.), Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789. Bd. V: Weltkrieg, Revolution und Reichserneuerung 1914-1919, Stuttgart 1978.

Jones, Mark, Am Anfang war Gewalt. Die deutsche Revolution 1918/19 und der Beginn der Weimarer Republik, Berlin 2017.

Kachulle, Doris (Hrsg.), Die Pöhlands im Krieg. Briefe einer sozialdemokratischen Bremer Arbeiterfamilie aus dem Ersten Weltkrieg. Neuausgabe bearbeitet von Rolf Becker, Karl Heinz Roth und Jörg Wollenberg, Köln 2006.

Kluge, Ulrich, Die deutsche Revolution 1918/1919. Staat, Politik und Gesellschaft zwischen Weltkrieg und Kapp-Putsch, Frankfurt/M. 1985.

Kolb, Eberhard, Die Arbeiterräte in der deutschen Innenpolitik 1918-1919, Düsseldorf 1962.

Kuckuk, Peter (Hrsg.), Revolution und Räterepublik in Bremen, Frankfurt/M. 1969.

Kuckuk, Peter, Bremen in der Deutschen Revolution 1918/19. Revolution, Räterepublik, Restauration. Unter Mitarbeit von Ulrich Schröder, 2., überarbeitete und erweiterte Auflage, Bremen 2017.

Kühnl, Reinhard, Formen bürgerlicher Herrschaft. Liberalismus - Faschismus, Reinbek b. Hamburg 1971.

Lange, Dietmar, Massenstreik und Schießbefehl, Münster 2012.

Lehnert, Detlef (Hrsg.), Die Revolution 1918/19 in Preußen. Großstadtwege in die Demokratie-Gründung, Berlin 2019.

Lehnert, Detlef (Hrsg.), Revolution 1918/19 in Norddeutschland, Berlin 2018.

Leinen, Anna-Luisa, Das Ehrenmal auf der Altmannshöhe. Eine Chronologie von 1915-2022, Bremen 2022.

Marcuse, Herbert, Der Kampf gegen den Liberalismus in der totalitären Staatsauffassung, in: Zeitschrift für Sozialforschung (ZfS), 3 (1934), H.2, S.161-195.

Mühlhausen, Walter, Friedrich Ebert 1871-1925. Reichspräsident der Weimarer Republik, Bonn 2006.

Noske, Gustav, Erlebtes aus Aufstieg und Niedergang einer Demokratie, Offenbach 1947.

Oertzen, Peter von, Betriebsräte in der Novemberrevolution. Eine politikwissenschaftliche Untersuchung über Ideengehalt und Struktur der betrieblichen und wirtschaftlichen Arbeiterräte in der deutschen Revolution 1918/19, Düsseldorf 1963.

Plenge, Johann, Meine Anmeldung zum Bund Schlageter e.V. Mit der Verkündigung der Volksgenossenschaft der Arbeit am 31.Juli 1914, der Verheißung des „nationalen Sozialismus“ aus den „Ideen von 1914“ in meinen Kriegsschriften (1914 bis 1918) und dem

Verlagsprogramm von Juli 1919 mit dem ersten Symbol für „Das dritte Reich“. Als Handschrift für Gesinnungsgenossen, Münster 1933.

Pomplun, Jan-Philipp, Deutsche Freikorps. Sozialgeschichte und Kontinuitäten (para)militärischer Gewalt zwischen Weltkrieg, Revolution und Nationalsozialismus, Göttingen 2023.

Ritter, Gerhard A./Miller, Susanne, Die deutsche Revolution 1918-1919. Dokumente, Hamburg 1975.

Schumacher, Kurt, Der Kampf um den Staatsgedanken in der deutschen Sozialdemokratie. Herausgegeben von Friedrich Holtmeier, Stuttgart 1973 (=Diss. Münster 1926).

Sommer, Karl-Ludwig, Die Bremer Räterepublik, ihre gewaltsame Liquidierung und die Wiederherstellung „geordneter Verhältnisse“ in der Freien Hansestadt Bremen, in: Niedersächsisches Jahrbuch für Landesgeschichte, Bd.77 (2005), S.1-30.

Ullrich, Volker, Vom Augusterlebnis zur Novemberrevolution. Beiträge zur Sozialgeschichte Hamburgs und Norddeutschlands im Ersten Weltkrieg 1914-1918, Bremen 1999.

Ullrich, Volker, Der ruhelose Rebell. Karl Plättner 1893-1945. Eine Biographie, München 2000.

Weipert, Axel, Die Zweite Revolution. Rätebewegung in Berlin 1919/1920, Berlin-Brandenburg 2015.

Wette, Wolfram, Gustav Noske. Eine politische Biografie, Düsseldorf 1987.

Wichmann, Manfred, Waldemar Pabst und die Gesellschaft zum Studium des Faschismus 1931-1934, Berlin 2013.

Winkler, Heinrich August, Verrat auf offener Bühne, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), Nr.53/4.3.2025, S.9.

Wollenberg, Jörg, Auf der Suche nach der „Volksgemeinschaft“ – Fluchtwege in der Krise der bürgerlichen Gesellschaft nach 1918, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, H.4 (2020), S. 5-67.

Wottrich, Henriette, Auguste Kirchhoff. Eine Biographie, Bremen 1990.